



## Niederschrift

18. Plenarsitzung des Gemeinderates  
17. Dezember 2025, 09:00 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

**Punkt 13 der Tagesordnung: Haushaltssicherungsmaßnahmen: Stufenweise Reduzierung des Geschwisterkinderzuschusses und weitere Auswirkungen auf die Kita-Finanzierung  
Vorlage: 2025/0846**

## Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss wie folgt:

1. Der Geschwisterkinderzuschuss im Bereich der Kindertagesbetreuung der Sozial- und Jugendbehörde wird trägerübergreifend stufenweise bis 31. August 2027 reduziert.  
Ab 1. September 2027 wird kein Geschwisterkinderzuschuss mehr gewährt. Im Zuge dessen wird die einkommensabhängige Beitragsregelung der Stadt Karlsruhe zum 1. September 2027 ausgeweitet.
2. Die „Richtlinie der Stadt Karlsruhe zur Förderung von Kindertagesstätten und Kinderkrippen“ wird gemäß Anlage 1 zum 1. Januar 2026 neu gefasst.
3. Das gesamtstädtische Beitragsniveau wird, wie in Ziffer 2 der Anlage 2 dargestellt, angehoben. Die maximalen Erstkinderzuschüsse werden entsprechend Ziffer 3 der Anlage 2 angepasst.
4. Die monatlichen Benutzungsentgelte für die Betreuung in städtischen Kindertageseinrichtungen für alle Angebotsformen werden gemäß Anlage 3 erhöht.
5. Die Kostenbeiträge für die Kindertagespflege werden ab dem 1. Januar 2026 gemäß der Anlage 4 erhoben.

**Antrag Ö 220: HHS4\_GR58 - Stufenweise Reduzierung des Geschwisterkindzuschusses und die Auswirkungen auf die Kita-Finanzierung  
(Vorlage: 2025/1159)**

**Antrag Ö 221: HHS4\_GR58 - Angleichung der Kita-Gebühren an das "Netflix-Modell"  
(SR Braun)  
Vorlage: DHH/2025/5033**

**Antrag Ö 222: HHS4\_GR58 - Streichung Geschwisterkindzuschuss (AfD)  
(Vorlage: DHH/2025/5031)**

Antrag Ö 223: HHS4\_GR58 - Geschwisterkindzuschuss  
Interfraktioneller Antrag: FDP/FW, SR Kalmbach  
(Vorlage: DHH/2025/5002)

Antrag Ö 224: HHS4\_GR58 - Stufenweise Reduzierung des Geschwisterkindzuschusses: Ab drei Kindern gleichzeitig in der Kita Beitragsbefreiung ab dem dritten Kind (KAL)  
(Vorlage: DHH/2025/5032)

Antrag Ö 225: HHS4\_GR58 - Verpflichtung zur einkommensabhängigen Gestaltung der Betreuungsentgelte (CDU)  
(Vorlage: DHH/2025/5030)

#### **Abstimmungsergebnis:**

Beschlussvorlage: Mehrheitliche Zustimmung (40 Ja, 6 Nein, 1 Enthaltung)

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 13 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Jugendhilfeausschuss am 15. Oktober 2025 und im Gemeinderat am 21. Oktober 2025.

Wir kommen damit zum Thema Geschwisterkindregelung. Da möchte ich auf die Verwaltungsvorlage verweisen, die unter TOP 13 zur Abstimmung steht. Von dieser Verwaltungsvorlage haben Sie einige Elemente schon beschlossen, nämlich die Reduzierung des Geschwisterkindzuschusses auf 70 Prozent zum 01.01.2026 und die Ziffern 2 bis 5. Und es geht jetzt eigentlich nur noch um den Beschluss der restlichen Ziffer 1, dass wir das auf 50 Prozent zum 01.09.2026 sowie die komplette Streichung zum 01.09.2027 mit der parallelen Einführung eines einkommensabhängigen Betreuungsentgeltes heute beschließen. Damit hat sich auch der Vorschlag der Verwaltung unter Ö 220 erledigt, weil es durch diese Verwaltungsvorlage letztlich aufgegriffen und umgesetzt wird.

Hier gibt es jetzt eine ganze Reihe von Anträgen. Ich habe hier unter Ö221 einen Antrag von Herrn Stadtrat Braun, Angleichung der Kita-Gebühren an das Netflix-Modell, dann ein AfD-Antrag, Ö 222, Streichung des Geschwisterkindzuschusses, einen interfraktionellen Antrag, FDP, Freie Wähler, Stadtrat Kalmbach, Reduktion des Geschwisterkindzuschusses um 50 Prozent, gültig bis zur Einführung einer neuen Beitragsregelung unter Ö 223. Karlsruher Liste, unter Ö 224, ab drei Kindern gleichzeitig Beitragsbefreiung ab dem dritten Kind, und ein CDU-Antrag, Verpflichtung zur einkommensabhängigen Gestaltung der Betreuungsentgelte, was auch nach meinem Verständnis schon Teil unserer Vorlage ist, aber das können wir gleich noch diskutieren. Das rufe ich jetzt alles gemeinsam auf und wir starten mit Frau Stadträtin Fahringer.

**Stadträtin Fahringer (GRÜNE):** Ja, vielen Dank jetzt nur für meine Redezeit. Das ist jetzt TOP 13 außerhalb der Redezeit. Ich habe keinen Antrag gestellt, nur dass mir das klar ist, dass ich dann von meinen Kolleg\*innen aus der Fraktion einen auf den Deckel kriege, wenn ich jetzt doch mir erlaube, mehr als einen Halbsatz zu diesem doch sehr wichtigen Thema zu sagen. Das hat uns ja jetzt monatelang umgetrieben, und wir GRÜNE, wir haben schon vor zwei Jahren einen Antrag gestellt, die Finanzierungssystematik für Kitas grundsätzlich auf den Kopf zu stellen. Und zwar wollen wir sie weiterentwickeln und gerechter gestalten,

und wir wollen eine stärkere Staffelung nach Einkommen. Diesen Antrag haben wir im Herbst 2023 eingebracht. Warum? Weil wir damals ja schon absehen konnten, dass es so nicht weitergehen kann mit unserer Finanzierung, dass wir uns das teilweise auch leider nicht leisten können, und weil wir schon auch die Chance sehen, wegzukommen von einer Gießkanne, denn eine Gießkanne ist nur in den wenigsten Fällen gerecht und fair. Leider liegt die Ausarbeitung zu diesem Paradigmenwechsel noch nicht vor. Und jetzt sind wir in der Situation, dass wir unter finanzpolitischem Hochdruck und besonderen schwierigen Anpassungsdruck jetzt etwas verändern müssen. Dass wir etwas verändern müssen, ist aber jetzt auch schon länger klar. Und dann kurz zu diesem Geschwisterkindzuschuss mit dieser Vorlage unter TOP 13, schaffen wir ihn nicht über Nacht ab. Wir GRÜNE gehen diesen Vorschlag der Verwaltung mit Blick auf die Rahmenbedingungen mit. Und auch kurz zu den Kita-Beiträgen gesamt, ja, leider wird es gesamt ja auch teurer für die Familien. Umso wichtiger ist es aber, dass wir weiterkommen in der grundsätzlichen Systematik und dass wir weiterkommen dahin, dass die Anträge auf wirtschaftliche Jugendhilfe für Familien noch niederschwelliger und einfacher werden. Und noch einmal, unser Ziel ist es, dass die, die es sich leisten können, sollen auch zahlen, und die, die sich weniger leisten können, sollen auch weniger zahlen. Und die Allgemeinheit, also wir alle, sollen nicht denen, die es sich ohnehin leisten könnten, die Entgelte bezahlen für ihr zweites, drittes oder viertes Kind. Das können wir uns schlichtweg nicht mehr leisten. Und eins ist mir wichtig, gesamt liegen wir trotz der beiden Maßnahmen, also trotz der generellen Erhöhung der Kita-Beiträge und trotz des Geschwisterkindzuschusses jetzt mit dieser Staffelung landesweit immer noch unter dem Durchschnitt der Kosten. Das mögen jetzt viele nicht glauben, und es ist auch für mich als Mama immer wieder verwunderlich, denn wir blechen schon ordentlich jeden Monat. Und in Sachen Qualität liegen wir auch landesweit über dem Durchschnitt. Und das ist mir auch wichtig, dass wir hier in Karlsruhe weiterhin an dieser Qualität festhalten, weil da geht es um die Bildung, da geht es um die Betreuungsqualität von unseren Kindern, und dabei wollen wir bleiben. Deswegen gehen wir jetzt diesen Vorschlag mit, und wir bleiben weiter in Diskussion darüber, vielen Dank.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Ich weiß jetzt nicht, wer das erste Mal hier die einkommensabhängige Kita-Staffelungsbeiträge gefordert hat. Auf jeden Fall wurde uns immer von der Verwaltung gesagt, das geht gar nicht. Egal wer es gefordert hat, es wurde immer wieder gesagt, das geht gar nicht, das ist so ein hoher Bürokratieaufwand, das können wir hier nicht leisten. Jetzt sind wir schon einmal sehr zufrieden, dass zumindest die Verwaltung so etwas ausarbeitet, denn ich glaube, das ist schon eine sehr sehr gerechte Lösung. Nichtsdestotrotz, und ich glaube, da geht es vielen Kolleginnen und Kollegen genauso, hatte ich zeitweise in den letzten Wochen und Monaten das Gefühl, dass es das Thema ist das am meisten die Leute umhertreibt. Wir hatten die meisten Zuschriften, die meisten Leute, die einen angesprochen haben, weil es halt auch ein ganz wichtiges Thema für junge Eltern ist, die wirklich da Probleme sind, dies so zu bezahlen. Und eins muss man auch sagen, wir sind natürlich in der Zwickmühle zwischen beitragsfreien Kindergärten in Rheinland-Pfalz, aber deutlich höheren Gebühren in Eggenstein und im Landkreis Karlsruhe. Da liegen wir natürlich genau mittendrin, und wir hatten eigentlich, das muss man schon sagen, einen guten Weg mit dieser Zweitkindregelung hier in Karlsruhe, glaube ich, einen schönen Ausgleich geschaffen. Von daher ist es natürlich schwierig, wenn man jetzt einen anderen Weg gehen möchte, insbesondere aufgrund der finanziellen Lage, denn man muss ja auch dem einen oder anderen dann mehr zumuten. Und dies ist schon sehr viel. Ich glaube, mit der beitragsabhängigen Gestaltung kommen wir schon wirklich einen großen Schritt näher in diese Richtung, um einfach auch gerecht zu sein. Aber ich denke, wenn man wirklich

den nächsten Schritt gehen will, meine Kollegin Meier-Augenstein hatte das vor kurzem auch schon einmal im Gemeinderat gesagt, dann muss man vielleicht auch weiterdenken. Und wir als CDU haben schon sehr, sehr, sehr lange, zumindest so lange, wie ich schon in diesem Gremium hier tätig bin, gefordert, ein drittes Kindergartenjahr beitragsfrei zu gestalten, aber dafür verpflichtend zu machen. Und ich glaube, dann wäre auch der ein oder andere, der vor allem das Thema Bildungsgerechtigkeit immer entsprechend fordert, da noch mehr zufrieden, und wir würden natürlich schon einen weiteren Weg gehen. Dies liegt aber nicht in unserer Macht. Wir hoffen einmal, dass wir vielleicht vom Land her demnächst entsprechende Signale bekommen, und das wäre dann auch noch ein nächster Schritt, was die jungen Eltern auch wieder entlasten würde.

**Stadträtin Schmid (SPD):** Beim Geschwisterkindzuschuss stehen wir vor einer der schmerzhaftesten Entscheidungen dieser Haushaltsberatung, wenn ich das so subjektiv und bewusst wertend sagen darf. Im Oktober haben wir hier im Rat die erste Stufe beschlossen, 30 Prozent Reduzierung zum 1. Januar bei gleichzeitiger Erhöhung der Gebühren. Das war der Kompromiss, den wir gefunden haben, nachdem im Sommer die komplette sofortige Streichung auf dem Tisch lag. Heute sitzen wir wieder hier und müssen entscheiden, wie es weitergeht. Ich sitze hier heute aber nicht nur als Stadträtin, sondern eben auch als Mama eines Grundschulkindes und eines Kita-Kindes. Ich weiß, was Betreuungskosten bedeuten. Ich weiß, was es heißt, Familie und Beruf zu vereinen. Und ich kann sagen, the struggle is real. Und ich sage Ihnen, diese Kürzungen treffen nicht die Reichen, sie trifft die Mitte, die Teilzeitkräfte, die Alleinerziehenden und auch die kinderreichen Familien. Die SPD-Fraktion hat im Oktober einen klaren Weg vorgeschlagen. Wir tragen die ersten beiden Stufen mit, 30 Prozent, dann 50 Prozent. Und die komplette Abschaffung sind wir ebenfalls bereit mitzugehen, wenn ein fundiertes einkommensabhängiges System vorliegt. Das haben wir jetzt mehrfach gehört. Das war und ist weiterhin unsere Bedingung. Unsere Position ist klar, keine Gießkanne mehr, auch da, das haben wir schon gesagt. schon vorhin gehört, gezielte Unterstützung über die wirtschaftliche Jugendhilfe, über Staffellungen, über echte soziale Gerechtigkeit, aber nicht so, dass am Ende die arbeitende Mitte das Gefühl hat, sie zahlt für alle. Mit der Entscheidung im Oktober haben wir Zeit gewonnen. Jetzt müssen wir diese Zeit nutzen. Der Arbeitsausschuss im Frühjahr muss Ergebnisse bringen, ein Konzept, das Planbarkeit schafft für die Familien, für die Verwaltung und für uns alle hier. Wir dürfen also nicht so tun, als gäbe es einen schmerzfreien Weg. Viele Eltern erleben diese Entscheidung gerade als unfair, und das verstehe ich. Entscheidend ist jetzt, dass wir diese Übergangszeit nutzen, um ein System zu schaffen, das verlässlich, sozial ausgewogen und für die Familien planbar ist, danke schön.

**Stadtrat Schnell (AfD):** Die AfD war von Anfang an gegen die jedwede Streichung des Geschwisterkinderzuschusses. Die 30 Prozent hat der Gemeinderat gegen unsere Stimmen beschlossen. Das wollen wir jetzt nicht weiter umkehren, aber wir treten dafür ein, dass es keine weitere Kürzung des Geschwisterkinderzuschusses gibt. Und es ist auch von der Finanzierung ja kein Problem. Wir haben so viele Einsparvorschläge in diesen Haushalt eingebracht, da könnte man das Ganze sogar für umsonst gestalten. Aber wenn Sie das nicht wollen, ist das nicht unser Problem. Wir haben Alternativvorschläge zur Finanzierung gemacht, und wir erachten das als wichtig, dass wir hier die Familien entsprechend unterstützen. Und es ist auch nicht so, dass wir plötzlich familienfreundlich sind oder so tun. Die AfD war schon immer familienfreundlich, auch wenn das manche hier nicht anerkennen wollen, aber es ist so. Deshalb sagen wir Nein zu jedweder weiteren Kürzung oder diesem

einkommensabhängigen Modell, das irgendwann einmal irgendwie fertig sein soll und für das, so sehen wir es, ein immenser bürokratischer Aufwand erforderlich ist, danke schön.

**Stadträtin Geißinger (Vlt):** Ich kann mich tatsächlich vielem, vielem anschließen, vielleicht mit der Ausnahme meines Vorredners, aber das ist, glaube ich, verständlich. Ich glaube, diese Entscheidung ist gut, dass wir sie aufgeschoben haben, aber jetzt ist sie zu treffen. Und ich freue mich darüber, dass wir uns auch grundsätzlich einig darin sind, dass das Einkommen bzw. das Vermögen Einfluss darauf haben muss, wie viel man auch für Kita-Beiträge zahlt. Jetzt ist es halt leider Gottes so, dass wir trotzdem immer noch kein System vorliegen haben. Der Weg, der jetzt aufgezeigt ist, ist klar, den schätzen wir auch, und wir freuen uns auch auf den Austausch im neuen Jahr. Aber an der Stelle möchten wir auch noch einmal ganz klar kritisieren, wir haben jetzt wochenlang innerhalb dieser Verschiebungsphase auf den jetzigen Termin gefordert, die Offenlage, wie denn die Zuschüsse berechnet werden. Wir haben jetzt ganz kurz vor knapp die Infos bekommen. Dafür erst einmal danke, aber uns blieb überhaupt keine Zeit, Berechnungen anzustellen. So können wir keine faktische Aussage darüber treffen, wie trifft es wen genau, und das war unser Anspruch. Das haben auch andere Fraktionen unterstützt, und das ist für mich und für uns nicht akzeptabel. Das möchte ich noch einmal an der Stelle klarstellen, denn es ist einfach fehlende Transparenz, und wir sollen hier Entscheidungen treffen, mit denen wir heute Abend auch noch in den Spiegel gucken können. Und dafür brauchen wir einfach eine ehrliche Einschätzung, wie die Auswirkungen aussehen. Insofern, wir gehen diese Entscheidungen jetzt mit, wir möchten aber noch einmal ganz klarstellen, dass das mit einem großen Unwohlsein einhergeht, aber auch mit der Sicherheit, mit unseren Zahlen, die wir damals einmal hatten, dass es tatsächlich vielen Eltern trotz der Lage auch aktuell ermöglicht, den Zuschuss zu beantragen. Und das geht jetzt an die Öffentlichkeit. Bitte tut es auch, danke.

**Stadträtin Berghoff (Die Linke):** Ich weiß nicht, ob das möglich ist, aber ich würde gerne die Redereihenfolge ändern, weil ich explizit zu Max Brauns Antrag sprechen möchte, und ich würde ihm gerne den Vortritt lassen.

**Stadträtin Döring (KAL):** Ich brauche es nicht wiederholen. Unsere Fraktion wird heute grundsätzlich dem Vorgehen zustimmen. Wir halten es für den richtigen und wichtigen Weg, eine neue Systematik in der Kita-Finanzierung zu entwickeln und darin auch die Einkommensabhängigkeit abzubilden. Grundsätzlich ist es aber für uns so, dass wir jetzt auch dem CDU-Antrag zugestimmt hätten, weil wir finden, dass die Abschmelzung des Geschwisterkindbeitrags bei 50 Prozent dann erst einmal Schluss haben muss, bis wir wirklich ein neues Konzept haben. Das setzt uns vielleicht auch ein bisschen unter Druck, dass wir dann bis Ende des nächsten Jahres auch wirklich was haben, dass wir 2027 dann mit einer neuen Systematik starten können. Wenn wir das aus irgendwelchen Gründen wie auch immer nicht schaffen, dann ist es zumindest so, dass wir nicht plötzlich mit einem Null-Prozent-Zuschuss in 2027 reingehen. Und ich glaube, das ist auch für die Familien ganz wichtig, dass sie hier eine gewisse Planungssicherheit haben und nicht wieder große Ängste entstehen, dass sie 2027 wirklich mit vollen Beiträgen für alle in die Kita gehenden Kinder dastehen. Unser Antrag bezieht sich eben auf dritte Kinder. Damit wollten wir vor allem Familien entlasten, die einfach viele kleine Kinder unter sechs in der Betreuung haben. die auch keine Möglichkeit haben, dass ein Kind jetzt in die Schule geht und zumindest halbtags oder sogar einen Ganztags kostenfrei betreut ist. Darauf bezog sich unser Antrag, vielen Dank.

**Stadtrat Braun (Die PARTEI):** Die Bürgerschaft verlangt bezahlbare Kita-Beträge. Teile der Politik stehen für universell geltende Gebühren, und die Verwaltung ruft nach einer einfachen Berechnungsgrundlage. Genau, mein Vorschlag beinhaltet alle drei dieser Standpunkte. Die Kita-Beiträge werden über das Netflix-Modell berechnet. Familien zahlen also maximal 16,99 Euro im Monat und können die Kita mit bis zu vier Familienmitgliedern nutzen, einfach zu berechnen, universell für alle geltend, auf bezahlbarem Niveau. Ich möchte abschließend hinzufügen, dass das noch eine Forderung aus dem Kommunalwahlkampf ist. Damals wollten sie alle noch gebührenfreie Kitas. Das heißt, aus damaliger Betrachtung wäre das sogar ein Sparantrag gewesen, vielen Dank.

**Stadtrat Kalmbach (FÜR):** Ich spreche jetzt für die FDP, für die Freien Wähler und für Für Karlsruhe, also die drei Fs. Also der Antrag der CDU umfasst im Wesentlichen das eigentlich, was wir auch fordern. Das Problem, was wir haben, ist es, dass wir nicht überzeugt sind, dass wir am Ende des Jahres 27, dass wir eine beitragsgemäße Abrechnungsgrundlage geschaffen haben. Wir wissen, wie lange diese Prozesse gehen. Die letzte Finanzierung, die hat, glaube ich, zwei Jahre gedauert, und dann hat sie auch nicht richtig funktioniert. Deswegen fordern wir, bis es soweit ist, 50 Prozent der Gebühren beizubehalten, das heißt, eine verträgliche Regelung für alle. Und damit wäre eigentlich recht identisch mit der CDU. Also bis die Regelung geschaffen ist, so lange gelten die 50 Prozent. Das ist der Kern der Aussage. Ob man jetzt die 50 Prozent ab 2027 oder drei Monate vorher macht, das ist jetzt nicht der Kern der Aussage, können wir uns der CDU angleichen, danke schön.

**Stadträtin Berghoff (Die Linke):** Ich möchte, wie gesagt, auf den Antrag von Max Braun eingehen. Kita-Gebühren nach dem Netflix-Modell, großartiger Gedanke, Netflix ist ein Megakonzern. Es dürfte sich auch die FDP begeistern, hat doch der Kollege Noé in seiner Haushaltsrede mehr als einmal den Konzern erwähnt. Wenn wir die Buchung zusätzlich auch eben, wie bei Netflix, monatlich flexibel über eine App steuern können, hätten wir zudem noch einen Beitrag zur Digitalisierung und zur Entbürokratisierung geleistet. Wenn wir das dann auch noch auf Schulen ausweiten, um dort ein werbefreies Modell zu ermöglichen, könnten wir auch die Bundeswehr aus den Schulen kriegen, das uns ja ein wichtiges Thema ist. Aber Spaß beiseite, wir sind keine Satirepartei, und trotzdem werden wir diesem Antrag heute zustimmen, weil er unserem Ideal, nämlich kostenfreier frühkindlicher Bildung, am nächsten kommt, ein Ziel, zu dem auch wir uns einmal bekannt haben und von dem wir uns leider immer weiter entfernen. Ich brauche keine Belehrung über die Gründe, danke schön. Sparen an Bildung sollte tabu sein. Das steht auch in der Begründung des Antrags. Und so möchten wir Max Braun danken, zum einen für den Lacher beim Lesen, es gibt ja sonst nicht viel zum Lachen gerade, und zum anderen für die unbedingt unterstützenswerte Kernbotschaft.

**Stadträtin Meier-Augenstein (CDU):** Einige Vorredner\*innen sind jetzt ja auch noch einmal auf unseren Antrag speziell eingegangen. Und da wollte ich auch noch einmal jetzt einfach sagen, dass es eben unser Anliegen ist, dass wir uns auf diese 50 Prozent jetzt für heute einigen, einfach um sicher zu gehen, weil wir halt nicht wissen, was die nächsten Monate in den Beratungen einfach bringen. Wir wissen, die Verwaltung arbeitet mit Hochdruck an dieser einkommensabhängigen Beitragsgestaltung. Und wir haben ja sogar auch schon einen Termin Ende März dann im Arbeitsausschuss Jugendhilfe, wo wir einmal das Erste vorgelegt bekommen. Aber es sind halt dann doch auch noch diverse Detailfragen offen, die doch auch mitentscheidend sind, wie das ganze Thema hier weitergeht. Und Kollegin

Geißinger hat ja auch schon auf dieses Berechnungsmodell noch einmal hingewiesen. Es gibt ja auch den Antrag der KAL, die ganz speziell ja auf die Mehrkind- oder Vielkindfamilien eingehen. Und es ist uns natürlich als CDU auch ein großes Anliegen, dass gerade Familien mit vielen Kindern und dann auch noch vielleicht drei oder mehr gleichzeitig in der Kita, zum Beispiel bei Mehrlingsgeburten, doch besonders belastet sind. Und dafür, um so was auch einschätzen zu müssen, müssten wir ja auch diese Berechnungsschemata noch einmal genau gesehen und auch besprochen haben. Also es soll jetzt kein Misstrauen an die Verwaltung von unserer Seite sein. Wir wollen einfach nur die Sicherheit haben, dass wir jetzt nicht heute einfach diesen Freifahrtschein geben, die Geschwisterkindregelung komplett abzuschaffen. Auch natürlich steht es in der Beschlussvorlage so drin, aber das ist uns einfach noch einmal ein Anliegen, dass ich das noch einmal gesagt habe, vielen Dank.

**Stadtrat Bauer (GRÜNE):** Mir hat es jetzt noch in den Fingern gejuckt, noch ein paar Sätze dazu zu sagen. Also das eine ist, wir haben nie in der Stadt Karlsruhe beschlossen, dass wir alleine aus eigener Kraft Kita-Gebühren komplett abschaffen möchten, sondern wir haben immer dazu gesagt, und zwar ist auch verschriftlich, dass das nur mit Hilfe des Landes oder des Bundes geht. Und an der Stelle beende ich dann auch wieder den kleinen Seitenschwung auf den kommenden Landtagswahlkampf, in dem das sicherlich eine große Rolle spielen wird. Zweiter Punkt, was mir am meisten wehtun würde, ist, wenn heute hier stehen bleibt, dass die AfD die Partei, die Fraktion ist, die hier als familienfreundlich und die Retterin im Gemeinderat ausgeht. Sie sind nicht plötzlich familienfreundlich, sondern sie sind einfach nur, ganz gewohnt, Klimaleugner und migrantenfeindlich, weil das ist die Art und Weise, wie Sie diesen Antrag hier gegenfinanzieren wollen, indem Sie den Klimaschutz zersägen und indem Sie allen Anträgen, wie wir es aus anderen Haushalten gewohnt sind, wo es irgendwie um Migrant\*innen geht oder um Vielfalt, eine Absage erteilen. Das ist die Art und Weise, wie Sie es machen. Dritter und letzter Hinweis an alle Eltern da draußen, Sie können, das haben wir uns von der Verwaltung noch einmal bestätigen lassen, wenn Sie einen Antrag stellen auf Gebührenbefreiung, die nun deutlich höheren Gebühren dort anrechnen lassen. Tun Sie es, und Sie werden an vielen Stellen erfahren, dass Sie dann auch in die wirtschaftliche Jugendhilfe rutschen, vielen Dank.

**Stadtrat Seidler (AfD):** Ja, sehr geehrtes Gremium, ich habe einmal nachgerechnet. Also die Unterlagen der Stadtverwaltung sind ja erst seit kurzem da. Wenn ich mir jetzt die Anlage 4 angucke, da ist die Schwelle, ab dem die maximalen Kostenbeiträge anfallen, bereits 3.700 Euro netto. 3.700 Euro netto, entsprechend bei einem Paar, das zwei Kinder hat und eine Religionszugehörigkeit aufweist, einem Netto von 3.700 Euro. Das heißt, die Schwelle ab dem... Die Geschwisterkindpauschale-Reduzierung komplett wegfällt, liegt schon bei 5.300 Euro, wenn diese Vorlage so stimmt. Und da frage ich mich dann, wir reden hier nicht nur über das Arztpaar, das da einen Mitnahmeeffekt erzielt, sondern es sind verdammt viele aus der arbeitenden Mittelschicht, das sind nicht nur Akademiker, sondern Facharbeiter, Paare, die dann davon betroffen sind. Und für die setzen wir uns ein. Die werden übrigens auch viel blau wählen, danke schön.

**Der Vorsitzende:** Wenn ich die Zahlen noch richtig im Kopf habe, haben wir es, glaube ich, mit etwa 1.800 Kinder zu tun. Und wenn da noch mehrere Kinder dann zur selben Familie gehören, dann ist das doch am Ende keine gigantische Summe. Und viele dieser Kinder bzw. dieser Familien können sich bis zum 1. September 2027 darauf vorbereiten oder sogar kommen sowieso in die Situation, dass sie aus dem herausgewachsen sind. Also wir haben ja eine Übergangszeit, die auch ein Stück weit eine Vorbereitung zulässt, und das

bitte ich einfach ein bisschen zu berücksichtigen. Ich bitte auch wahrzunehmen, dass sowohl Rheinland-Pfalz als auch etwa die Stadt Heilbronn unter gebührenfreiem Kindergarten eine Kernbetreuungszeit meint. Und alles, was zusätzlich ist, kommt dann doppelt und dreifach obendrauf. Und wir haben ja vor ein paar Jahren schon einmal ausgerechnet, dass die durchschnittliche Kita-Stunde bei uns noch günstiger ist als in manchen anderen, unter anderem auch in Heilbronn. Das wird sich jetzt möglicherweise durch die erhöhten Beiträge geändert haben, aber wir liegen immer noch im Vergleich mit dem Umland im hellgrünen Bereich, nicht mehr im dunkelgrünen Bereich. Sie kennen diese Tabelle aus der BNN. Und auch das Beispiel, das es damals gab mit zwei Eltern, drei Kindern, einem Haus und, und, und, wenn da nur jemand Beamter ist, kriegt er fürs dritte Kind annähernd 1.000 Euro Sonderzuschlag pro Monat. Also bitte manches ein bisschen relativ sehen, und die Kindergartengebühren kann man ja mittlerweile von der Steuer absetzen. Das ist jetzt, für die Working Poor, nutzt das nichts. Ist auch klar, aber es ist für diejenigen, die jetzt zum Teil am lautesten sich bei mir beschweren, durchaus eine Gegenrechnung, die ich dann im Einzelfall gerne einmal tun würde. So viel vielleicht noch dazu.

Jetzt kommen wir zu den verschiedenen Anträgen. Ich würde Ihnen vorschlagen, dass wir die der Reihe nach abarbeiten und dann kommt unsere Vorlage. So ist ja die normale Reihenfolge. Deswegen rufe ich jetzt auf den Antrag von Herrn Stadtrat Braun, **Ö 221**, Angleichung der Kita-Gebühren an das Netflix-Modell, und bitte Sie um Ihr jeweiliges Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Dann rufe ich auf den **Antrag der AfD-Fraktion**. Der begehrt, dass wir bei der Kürzung auf 70 Prozent verbleiben, und bitte auch, das jetzt hier zur Abstimmung zu stellen, und ich bitte um das Votum ab jetzt. Das ist auch eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Wir kommen damit zu dem Antrag der FDP/Freie Wähler, Stadtrat Kalmbach. Der unterscheidet sich inhaltlich von dem, was die CDU begehrt und wo wir gleich noch einmal drauf eingehen, ja dadurch, dass wir die drei Monate vorher oder später haben. Jetzt haben Sie, Herr Kalmbach, gesagt, das kann man so oder so sehen. Wie sollen wir es denn nun sehen? Vielleicht sagen Sie das noch einmal.

**Stadtrat Kalmbach (FÜR):** Wie gesagt, weil das nicht der Kern dieses Antrags ist, können wir uns mit der CDU an der Stelle eins machen.

**Der Vorsitzende:** Okay, dann können wir den Antrag hier erst einmal für erledigt erklären, weil er in den CDU-Antrag aufgeht, vielen Dank.

Dann kommen wir zur **Karlsruher Liste**. Da geht es darum, ab drei Kindern, ab dem dritten Kind die Beitragsbefreiung einzuführen. Da bitte ich Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Auch das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

Zum CDU-Antrag sind wir ja der Meinung als Verwaltung, dass sich das für erledigt erklärt hat. Ich würde deswegen Ihnen einen Vorschlag machen, dass wir unsere Beschlussvorlage noch einmal dahingehend präzisieren, dass die Einführung der 100-prozentigen Reduzierung der Geschwisterkindregelung vorbehaltlich der Akzeptanz eines einkommensabhängigen Beitragsmodells spätestens zum 30.11.2026 ist, sodass man rechtzeitig vor dem Jahresende weiß, was ab dem Jahr 2027 auf die Einzelnen zukommt, vorbehaltlich der Akzeptanz eines entsprechenden Modells. Dann müssen Sie sich aber auch alle ganz schön

sputen in den Arbeitskreisen, nicht nur wir, auch Sie. Okay, sind wir uns einig. Wenn wir das so noch als Teil des Beschlussvorschlags aufnehmen, dann würde ich gleich die Verwaltungsvorlage hier zur Abstimmung stellen. Können wir so verbleiben, Herr Kalmbach?

**Stadtrat Kalmbach (FÜR):** Habe ich das richtig verstanden? Also vorbehaltlich heißt, wenn die Regelung noch nicht da ist, dann gilt weiterhin die 50 Prozent.

**Der Vorsitzende:** Genau, ja, das bedeutet vorbehaltlich, ja. Dann kann ich unter dieser Präzisierung dessen, was da drinsteht, kann ich jetzt die **Beschlussvorlage** hier zur Abstimmung stellen und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**, vielen Dank.

Wir unterbrechen für eine kleine Abendpause bis 18:15 Uhr und machen hier einmal bitte alle Fenster auf – es ist hier langsam ein bisschen arg stickig, und auch alle Türen – und sehen uns bitte pünktlich um 18:15 Uhr hier wieder, vielen Dank.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –  
19. Januar 2026